

Verantwortliche Redakteure. Für den politischen Theil: E. Jonane, für Feuilleton und Vermischtes: J. Kleinbach, für den übrigen redakt. Theil: J. Hachfeld, sämtlich in Posen. Verantwortlich für den Inseratenthell: J. Klugkist in Posen.

Posener Zeitung

Achtundneunzigster

Jahrgang.

Inserate werden angenommen in Posen bei der Expedition der Zeitung, Wilhelmstraße 17, ...

Nr. 281

Die „Posener Zeitung“ erscheint wochentlich drei Mal, am Montag, Mittwoch und Freitag...

Freitag, 24. April.

Inserate, die sechsgehaltene Beilagen oder deren Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten Seite 30 Pf., in der Mittagsausgabe 25 Pf., an bezugsloser Stelle entsprechend höher, werden in der Expedition für die Mittagsausgabe bis 8 Uhr Vormittags, für die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen

1891

Deutschland.

Berlin, 23. April.

Das Schicksal, das in der schutzöllnerischen deutschen Presse bestverleumdete Wesen zu sein, ist jetzt vom gemerkantischen Schwein auf die amerikanischen Fleischbeschaubeamten übergegangen. In der „Kreuzzeitung“ und in der „Rölnischen Zeitung“ wird den amerikanischen Beamten zwar nicht angegedichtet, daß sie trichinös seien, wohl aber, daß sie gewissenlos und ihre Fleischschau gänzlich unweiläufig wären. Wir sind, meint die „Frankf. Ztg.“, von dieser Wendung nicht überrascht. Wir haben vor Monaten vorausgesagt, daß es so kommen werde, sobald einmal die Reichsregierung sich entschließt, das Einfuhrverbot aufzuheben und die amerikanische Fleischschau als zureichend anzuerkennen. Es giebt kein Mikroskop zur Untersuchung der moralischen Qualitäten amerikanischer Beamten, und darum werden die diesbezüglichen Verdächtigungen semper audacter von der ganzen schutzöllnerischen Presse wiederholt werden. Wir haben in dieser Voraussicht bereits vor Monaten auch vorgeschlagen, die Reichsregierung möge die amerikanische Fleischschau gänzlich ignorieren, in den deutschen Einfuhrhäfen Beschaustationen einrichten, deren Votum einzig und allein für die Einlassung des einlangenden Viehs maßgebend sein soll. Die Regierung zögert aber, diesen Vorschlag, der allen Verdächtigen mit einem Mal den Mund schließen würde, sich zu eigen zu machen, weil sie mit seiner Durchführung zugleich auch eine vernichtende retrospektive Kritik an dem achtjährigen Bestande des Verbots und damit an den guten Absichten, welche die Bismarcksche Regierung bei der Aufrechterhaltung des Verbots befeelt haben, über würde. Denn den von uns vorgeschlagenen Ausweg hätte die Bismarcksche Regierung schon vor acht Jahren einschlagen können, und wenn ihr die billigere und bessere Ernährung der Bevölkerung, nicht aber die Bereicherung der Schweinezüchter am Herzen gelegen wäre, auch einschlagen müssen. Die zarte Rücksicht der gegenwärtigen Reichsregierung für die vergangene können wir umsoweniger billigen, als die neue Regierung von den Anhängern eine ähnliche zarte Kritiklosigkeit nicht zu erwarten hat, in dem Moment wo der unvermeidliche handelspolitische Umschlag zum Klappen kommt.

Die „Schles. Ztg.“ schreibt: Die auch von uns verzeichnete, von dem Wolffschen Bureau übernommene Meldung, der Oberpräsident von Seydewitz habe den Wunsch geäußert, von seinem Posten zurückzutreten, entbehrt nach den von uns eingezogenen Erkundigungen jeder Begründung.

Die Ernennung des Herrn v. Soden zum Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, des bisherigen Kommissars für das Togogebiet Zimmerer zum Gouverneur von Kamerun, des Herrn v. Wischmann und des Dr. Peters zu Kommissaren zur Verfügung des Gouverneurs von Deutsch-Ostafrika wird im „Reichsanz.“ veröffentlicht. Von Emin Pascha hat nach einer Meldung des „Berl. Ztbl.“ aus Zanzibar Herr v. Soden noch keine Antwort erhalten auf das ihm gemachte Anerbieten, als Kommissar im Reichsdienst zu bleiben.

Die „Weser-Ztg.“ wollte wissen, daß das Kreuzergeschwader nun doch nicht nach Chile gehen, sondern in den ostasiatischen Gewässern bleiben werde. Diese Nachricht ist, wie die „Kreuzztg.“ hört, nicht zutreffend. Das Kreuzergeschwader befindet sich thatsächlich auf dem Wege nach Chile, wozu es der Windverhältnisse halber den Kurs durch den nördlichen Großen Ozean nehmen und auch San Francisco anlaufen muß. Der längere Aufenthalt in Yokohama — voraussichtlich bis zum 2. Mai — ist durch die Ausführung nothwendiger Instandsetzungsarbeiten an den Schiffsmaschinen hervorgerufen. Ob das Kreuzergeschwader die Weiterreise geschlossen antreten oder die Schiffe je nach ihrer Fertigstellung einzeln nach ihrem Ziele abgehen werden, ist noch nicht bekannt geworden.

Wahlenthaltung hat das in Hannover erscheinende Organ der deutschhannoverschen Partei seinen Parteigenossen in der Stichwahl in Geestemünde empfohlen.

Wie einst als Machthaber, so heute als Machtloser hat Fürst Bismarck keine gefährlicheren Gegner, als die Leute, die für ihn schreiben, namentlich die Beyer'sche Schule. Da hat jetzt wieder einer dieser wackeren unter dem Pseudonym „Florian Beyer“ eine Broschüre zusammengewürthet, die den Titel führt: „Die Bismarckhege.“ Es heißt darin wörtlich: „Deute mag er (Er) schwach und machtlos scheinen, und schon morgen können unter Umständen wieder überall Wallenstein's Feinde zu sehen sein. Nur ein Krieg darf ausbrechen...“ Wozu sich der „Reichsbote“ die allerdings naheliegende Frage gestattet: „Weiß der Schreiber, der mit solchen frivolsten Worten spielt, auch, wie Wallenstein geendet hat?“

Bremen, 23. April. In der Beförderung von russisch-polnischen Auswanderern nach Brasilien durch die Dampfer des „Nord-Loyd“, die im Laufe der letzten Monate ganz außerordentliche Dimensionen angenommen hatte, war vor einigen Wochen eine Stockung eingetreten. Die brasilianische Regierung, welche den enormen Auswandererstrom durch die Verpflichtung, das Ueberfahrtsgehalt für die mittellos in Bremen anlangenden Russisch-Polen und ihre Familien zu tragen, hervorgerufen hatte, lehnte es nämlich im vorigen Monat ab, noch fernerhin für die Schiffspassagegelder Unbemittelte aufzunehmen. Diese Veränderung der Verhältnisse muß aber in Russisch-Polen garnicht oder doch nicht genügend bekannt geworden sein, denn auch nach dem Aufhören der unentgeltlichen Schiffsbeförderung trafen fast täglich Hunderte von jenen Auswanderungslustigen in Bremen ein, die das letzte Geld, welches sie besaßen, für die Eisenbahnfahrt nach hier aufgewandt hatten, und verlangten, nach Brasilien weiterbefördert zu werden. Der Lloyd mußte natürlich die Mittellosen abweisen, zumal er bei den früher von der brasilianischen Regierung gezahlten Passagegeldern nur knapp seine Rechnung gefunden hatte. Die Unglücklichen wurden dann von der hiesigen Polizei mit Reisegeldern versehen und genöthigt, die Rückfahrt in die verlassene Heimath anzutreten. Da gab es oft am Bahnhofe herzbrechende Szenen; auch gewaltthätige Auflehnungen gegen die Polizei fehlten nicht. Noch am letzten Sonntag bereitete eine größere Gesellschaft, Männer, Frauen und Kinder, die Bemühungen der Beamten, sie in Güte zur Rückfahrt zu bewegen; die aufgeregten Fremdlinge bahnten sich mit Gewalt einen Weg aus dem Bahnhofe und schlugen den Weg nach Bremerhaven ein, weil sie hofften, dort ihr „Recht“, nämlich die kostenfreie Aufnahme in einem der Brasilienfahrer des „Lloyd“ zu erreichen. Mit dem Aufgebot einer verstärkten Polizeimacht wurden sie in Walle, etwa eine Stunde von Bremen, angehalten und wieder zurückgebracht, wobei es an Gewaltthatigkeiten nicht fehlte. Unsere Schutzleute, die hier wie früher mit größter Schonung gegen die unglücklichen, des Deutschen unfundigen und jeder vernünftigen Belehrung unzugänglichen Fremdlinge vorgehen, trugen manche Beulen, sowie Biß- und Kratzwunden davon, namentlich die Weiber setzten sich am auffälligsten zur Wehr. Gestern hat sich nun die brasilianische Regierung auf telegraphischem Wege bereit erklärt, vorerst bis auf Weiteres wieder die Kosten der Seefahrt unbemittelter russisch-polnischer Einwanderer zu tragen. Damit dürften wenigstens hier die unliebsamen Szenen aufhören.

Aus dem Saarrevier, 22. April, wird der „Frei. Ztg.“ geschrieben: In parteipolitischer Hinsicht das Bemerkenswerteste sind hier die energischen Bestrebungen des Zentrums behufs Gründung einer „Katholischen Volkspartei“ in unserem Bezirk. Zu diesem Zweck haben unter Assistenz der Abg. Fuchs aus Köln und Dr. Sieben aus Deidesheim mehrere Versammlungen stattgehabt. Man eifert gegen die Sozialdemokratie und gegen die „Vorfrucht“ der letzteren, den „Liberalismus“ und „macht“ um die Arbeiter zu fesseln, in Sozialpolitik. Die Zukunft muß lehren, ob die katholischen Arbeiter noch wie früher dem Centrum Seerfolge leisten werden. Wir glauben es nicht. In Bergarbeiterangelegenheiten ist eine neue Frage auf die Tagesordnung gekommen. Die sogenannten Knappschafstälteften nämlich, dieselben, welche gelegentlich des Streites um das Knappschafstatut wiederholt mit Mitztrauen von Seiten der Knappen überhäuft worden sind, haben, ohne Zweifel dem auf sie geübten Druck nachgebend, folgende Aenderung bezüglich der Altersversorgung bei der Behörde beantragt: Es soll jedem Knappschafsmitgliede freigestellt sein, nach vollendetem 30. Arbeitsjahre oder nach vollendetem 50. Lebensjahre ohne Invalditätsnachweis mit Pension in den Ruhestand zu treten. Voraussetzlich würde eine nicht unbedeutende Steigerung der Beiträge die Folge der Annahme des obigen Antrages durch die Verwaltung sein. Im Hinblick auf die Arbeitsverhältnisse in Westfalen mag hier die Bemerkung eingeschaltet werden, daß im Saarrevier irgend welcher Explosionsstoff nicht vorhanden zu sein scheint. Der bergmännische „Rechtsschutzverein“ hat die nicht unkluge Bestimmung eingeführt, daß in Zukunft die von Lokalabtheilungen abzuhaltenden Versammlungen von bestimmten sich dazu besonders eignenden Vorstandsmitgliedern geleitet werden.

Aus Bayern, 23. April. Die Zahl der landwirtschaftlichen Bezirkskomitees, welche Resolutionen und Eingaben im Sinne der Aufhebung der Viehgrenzsperrre fassen, mehrt sich. Unter diesen befinden sich die Bezirkskomitees München rechts und links der Isar. Bei denselben spielt namentlich die Milchproduktion eine Rolle. — Daß es nicht unbedeutend war, vor einem autoritativen Mißbrauch in der Agitation gegen die Verminderung des Getreidezolles in Unterfranken zu warnen, beweist eine Zeitungsmitteltheilung, wonach in einer unterfränkischen Gemeinde der Gemeinbediener vom Bürgermeister beauftragt war, Unterschriften zu der Adresse gegen die Herabminderung Haus für Haus zu sammeln, auch bei denen, welche gar keine Landwirtschaft betreiben. Der Gemeinbediener gab in einem Falle, in dem ein Geschäftsmann nur durch die Aufklärung eines zufällig dazugekommenen Städters vom Unterschreiben abgehalten wurde, seiner Besorgniß Ausdruck, sein Auftraggeber würde böse sein, wenn er keine Unterschriften heimbringe. Man sieht aus diesem Einzelvorgang, wie man das Gewicht der ohne eigenes Urtheil gegebenen Unterschriften zu schätzen hat.

Aus dem Gerichtssaal.

Gera, 20. April. Ein interessanter Prozeß ist in den letzten Tagen vom hiesigen Landgericht entschieden worden. Angeklagt war der Redakteur des „Gerai'schen Tageblattes“, der Landtagsabgeordnete J. Fisaßn wegen öffentlicher Beleidigung des dortigen Stadtrathes. Das genannte Blatt hatte im November 1889 in einem Bericht über eine Versammlung des Städtischen Vereins eine Reihe von Aeußerungen wiedergegeben, in welchen verschiedene Redner das Verhalten des Stadtrathes in mehreren städtischen Angelegenheiten einer sehr scharfen Kritik unterzogen hatten. Dem Stadtrath wurde darin der Vorwurf der schweren Pflichtverletzung und mangelnder Energie gemacht.

Redakteur Fisaßn erklärte sich bereit, den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen anzutreten, und ließ Herrn Oberbürgermeister Ruid, sowie sechs Mitglieder des Stadtrathes zum Hauptverhandlung als Zeugen vorladen. Nach dem Ergebnisse der Beweisaufnahme haben der Staatsanwalt und der Gerichtshof den Wahrheitsbeweis für erbracht an; nur in einem nebenfälligen Punkte war dem Verfasser jenes Zeitungsberichtes eine Unrichtigkeit mit untergelaufen. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von nur 30 Mark, der Gerichtshof erkannte jedoch auf kostenlose Freisprechung, weil der Angeklagte als Bürger der Stadt in Wahrnehmung berechtigter Interessen gehandelt habe und thatsächlich durch das unvorsichtige Verfahren des Stadtrathes der Stadtkasse beträchtliche Verluste erwachsen seien. Der Ausdruck „haarsiräubend“, den das „Gerai'sche Tageblatt“ mit Bezug auf diese Vorkommnisse angewandt habe, sei „war stark, aber zutreffend.“

Vermischtes.

In dem großen Brande am Sandthorquai in Hamburg. Eine photographische Aufnahme der Brandruine zu amtlichen Zwecken hat stattgefunden. Wegen der Entstehungsart des Brandes, dessen außerordentlich schnelle Ausbreitung noch immer fast unbegreiflich erscheint, ist eine Untersuchung eingeleitet worden, in welche eine Person bereits verwickelt sein soll. — Bei dem Brande erlitt ein Oberfeuermann leichte Verletzungen am Kopf und am rechten Bein, indem er von einem zurückgeschleuderten Schlauch beim Anschrauben an einen Hydranten heftig getroffen wurde. — Die zur Zeit des Feueranbruches in dem Gebäude noch anwesenden Personen hatten sich meistens über die eiskernen Notstreppe retten können. Der Gesamtschaden beläuft sich auf 3 002 000 M. und zwar sind versichert: die Kaffeebörse von A. Schmidt mit M. 1 350 000, die Firma Schuba & Sohn mit M. 952 000, die Firma Hofmeier mit M. 240 000, Brunswick u. Co. mit M. 40 000, Esser u. Co. mit M. 270 000 und Delling Gebr. mit M. 150 000, zusammen die oben erwähnte Versicherungssumme. Außer den genannten sind noch einige kleinere Schäden angemeldet worden. Ein Zug der Feuerwehr befindet sich noch immer in der Brandstätte und sendet mit 5 Schläuchen Wasser in den Speicher, da in dem großen Vorrath von Kaffee das Feuer noch immer nicht ganz erloschen ist. Als ein Glück ist es zu betrachten, daß die erste Bodenbede aus Konkrete hergestellt ist, in Folge dessen dieselbe trotz des vielen Wassers und der schweren Last des von den oberen Böden darauf gefallenen Schuttes und Kaffees nicht durchgebrochen ist, so daß auch die im unteren Raum befindlichen Maschinen durch einen solchen Durchbruch keinen Schaden erlitten haben. In den Arbeitsräumen der jungen Mädchen, welche bei der abgebrannten Kaffee-Firma A. Schmidt thätig waren, befand sich eine Vergnügungs-Kasse, worin sich 600 M. in baarem Gelde befanden, welche ebenfalls dem Feuer zum Opfer gefallen sind. Eine Besichtigung der Brandstätte fand durch die Baupolizei statt. Der aus dem Schutt hervorgeholte Kaffee ist bereits zum Theil nach dem Block J gebracht, um dort vorläufig gelagert zu werden. Der abgebrannte Speicher war dem Vernehmen nach ausschließlich von A. Schmidt gemiethet, welcher die übrigen Räume an die anderen Firmen wieder vermietet hat.

In der Pulverexplosion in Rom kam auch in der italienischen Deputirtenkammer zur Sprache. Die Abgeordneten Siacci, Antonelli und Giugonelli richteten diesbezügliche Anfragen an die Regierung. Der Minister des Innern, Nicotera, erwiderte, er besitze noch nicht sämtliche Auskünfte, aber Alles spreche dafür, daß der Unglücksfall durch eine nicht vorherzusehende Ursache herbeigeführt worden sei. Der Minister hob dann mit warmen Worten den begeisterten Empfang hervor, den die Bevölkerung dem Könige, als er zur Unglücksstelle herbeieilte, zu Theil werden ließ. (Lebhafter Beifall.) Die Zahl der an der Unglücksstelle Verwundeten betrage 48, der übrigen in der Stadt leicht Verletzten seien gegen 200. Er wünsche sehr, daß der Kapitän Spaccamela, welcher mit Gefahr seines Lebens eine Wackabtheilung rettete, dem Vaterlande erhalten bleibe. (Beifall.) Der Kriegsminister Pelloux theilte mit, daß in dem Pulvermagazin 265 Tonnen Pulver von der alten bisher gebräuchlichen Zusammensetzung vorhanden gewesen seien. Ueber die Ursache der Explosion lasse sich noch nichts sagen, es sei eine doppelte Untersuchung, eine technische und eine administrative eingeleitet; wahrscheinlich habe sich in dem Pulver eine allmächtige, langsame, technisch schwer nachweisbare Verbrennung vollzogen. Das Verhalten der Soldaten und ihrer Vorgesetzten sei ein ausgezeichnetes gewesen. (Lebhafter Beifall.) — Das „D. B. S.“ meldet noch: Die Kaltblütigkeit des Hauptmanns Spaccamela rettete die Besatzung des Forts. Der Hauptmann machte um 7 Uhr die Kunde und hörte, beim Pulverthurm angelangt, ein Getöse in der Art eines ferneren Kleingewehrfeuers. Die Gefahr sogleich erkennend, ab Spaccamela das Alarmzeichen und befahl der Besatzung, das Fort zu räumen, sich auf die Felder zu zerstreuen und die Bauern zur Flucht aufzufordern. Als der Befehl ausgeführt war, verließ er selbst das Fort. Kaum hatte er eben hundert Schritte zurückgelegt, als die Explosion erfolgte. Spaccamela wurde bewußtlos in einem Graben aufgefunden. Der König ließ ihn in einem Hofwagen nach dem Spital überführen. Ein Korporal und drei Mann, sowie zahlreiche Bauern sind verunglückt. Ein Verbrechen ist nicht ausgeschlossen.

Locales.

Posen, 24. April.

\* Personal-Nachrichten aus dem Bereiche der königlichen Eisenbahn-Direktion Bromberg. Der Eisenbahnbau- und Betriebsinspektor Seidel in Glogau ist nach Allenstein versetzt unter Verleihung der Stelle eines ständigen Hülfсарbeiters beim königlichen Eisenbahnbetriebsamt daselbst. (Die Verletzung des Eisenbahnbau- und Betriebsinspektors Henning in Galberstadt nach Allenstein ist aufgehoben.) Betriebskontrollor Fritzwanke in Berlin ist zum Verkehrs-kontrollor, Stationsaufseher Michaelis in Reustadt Westpr. unter Verleihung nach Hohenstein Westpr.

